

Universität Potsdam
Institut für Sozialwissenschaften
Proseminar: Einführung in die Organisationssoziologie
Dozentin: Prof. Dr. Maja Apelt
WS 2011/12

Essay

Greenpeace und das Prinzip der 'brauchbaren Illegalität'

Sarah Sommer (Zwei-Fach-Bachelor/3. Semester)

Matrikelnr.: XXXXXXXX

sasommer@uni-potsdam.de

Greenpeace und das Prinzip der 'brauchbaren Illegalität'

Im Dezember 2009 kam es in Kopenhagen zur Verhaftung von elf Greenpeace-Aktivisten, die sich kurz vor Ende des UN-Klimagipfels bei einem Gala-Essen für Staatsoberhäupter aus aller Welt eingeschlichen hatten. Es gelang ihnen ein Transparent mit der Aufschrift 'Die Politiker reden – die Führer handeln' auszurollen. Ein Jahr später müssen sie sich vor Gericht wegen Hausfriedensbruch, Amtsanmaßung und Fälschung öffentlicher Urkunden verantworten (vgl. Gamillscheg 2011).

2011 wurden Greenpeace-Chef Kumi Naidoo und ein Mitstreiter festgenommen, da sie unbefugter Weise die Sicherheitszone rund um eine Ölplattform in Grönland betreten haben, um eine Protestaktion durchzuführen (vgl. Focus.de 2011).

Anfang dieses Jahres wurde eine Greenpeace-Aktivistin zu einer Geldstrafe verurteilt, weil sie zusammen mit 58 weiteren Aktivisten im Februar 2011 auf dem Gelände des deutschen Atomkraftwerks Neckarwestheim protestiert hatte. Die Aktivisten waren dabei auf die Reaktorkuppel geklettert und hatten diesen mit einem riesigen Totenkopf und dem Spruch 'Atomkraft schadet dem Ländle' besprüht (vgl. Tagblatt.de 2012).

Meldungen wie diese erscheinen regelmäßig in den Medien, Bilder von provozierenden Greenpeace-Kampagnen gehen um die Welt. Es fällt auf, dass nicht selten Greenpeace-Aktivisten bei ihren Aktionen bewusst das Gesetz brechen und Verurteilungen in Kauf nehmen. Es stellt sich die Frage warum Greenpeace-Aktivisten so handeln und wie die Organisation damit umgeht. Sieht Greenpeace in seinen spektakulären Protestaktionen und dem eventuell damit einhergehenden Gesetzesbruch den einzigen Weg um sein Ziel - den Umweltschutz - zu erreichen oder steckt mehr dahinter?

In dieser Arbeit möchte ich zeigen, dass es sich bei Greenpeaces Aktivitäten, die gegen das Gesetz verstoßen, um sogenannte 'brauchbare Illegalität' handelt. Ich behaupte, für Greenpeace ist diese brauchbare Illegalität notwendig, um den Organisationszweck zu erfüllen. Illegale Aktionen sind also nicht nur ein Mittel unter vielen, sondern spielen eine wichtige Rolle im Vorgehen Greenpeaces.

Im Folgenden möchte ich darlegen, dass Illegales Verhalten von Greenpeace-Aktivisten eingesetzt wird – nicht nur, um direkt die Umwelt zu schützen - sondern auch, um Aufmerksamkeit zu erregen und somit indirekt den Organisationszweck zu unterstützen. Denn eine starke Präsenz in der Öffentlichkeit ist für die Organisation von hoher Wichtigkeit, da sie wie jede Hilfsorganisation auf Mitgliedsbeiträge und Spenden angewiesen und der Spendenmarkt hart umkämpft ist.

Nach einer knappen Vorstellung der Organisation Greenpeace und ihrer Ziele, werde ich kurz das Prinzip der 'brauchbaren Illegalität' darlegen, um dann mit meiner Argumentation zu beginnen.

Von hoher Wichtigkeit scheint mir zunächst die Betrachtung der formalen Erwartungen Greenpeace, um untersuchen zu können, ob und inwieweit nach diesen gehandelt wird. Schwerpunkt meiner Argumentation wird die Betrachtung der Vorteile, die sich aus illegalen Aktivitäten von Greenpeace-

Aktivisten ergeben, sein, denn sie erklären, warum Greenpeace solches Verhalten duldet. Und vermutlich sogar unterstützt. Auch Überlegungen zum Image Greenpeaces in der Öffentlichkeit werden mir in meiner Argumentation weiter helfen.

Die internationale Umweltschutzorganisation Greenpeace wurde in den 70 Jahren in Kanada gegründet. Inzwischen arbeitet Greenpeace in über 40 Ländern, in Deutschland seit 1980. Die Kampagnen werden auf internationaler Ebene koordiniert, aber von den nationalen Büros eigenverantwortlich durchgeführt (vgl. Pauli 2010).

Laut eigenen Angaben bestehen Greenpeaces Ziele darin, die biologische Vielfalt zu erhalten und die Erde vor Umweltverschmutzungen sowie Klimaveränderungen zu schützen. Konkreter lauten die Ziele: Energierevolution, Nullentwaldung und weltweit 40 Prozent Meeresschutzgebiete (vgl. Greenpeace e.V., Verhaltenskodex 2011: 2).

Der Zweck ist es, als global tätige ökologische Organisation Umweltprobleme bewusst zu machen und Beschädigung oder Zerstörung von natürlichen Lebensgrundlagen von Menschen, Tieren und Pflanzen zu verhindern (vgl. Greenpeace e.V. 2012: 1).

Greenpeace ist in Deutschland eine gemeinnützige Organisation und wird größtenteils durch Spenden und Fördergeldern finanziert. Eine weitere Einnahmequelle sind Stiftungen. Durch diese Art der Finanzierung möchte sich der Verein politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit bewahren (vgl. ebd.).

Ich möchte mit ein paar theoretischen Grundlagen aus der Organisationssoziologie fortfahren, um sodann konkret auf Greenpeaces Verhältnis zur brauchbaren Illegalität einzugehen.

'Brauchbare Illegalität' ist ein Konzept, das von Nikolas Luhmann eingeführt wurde. Er widmet dem Thema ein ganzes Kapitel in seinem Werk Funktionen und Folgen formaler Organisation aus dem Jahr 1964.

Nach Luhmann handelt es sich dabei um Handlungen in einer Organisation, die zwar die formalen Regeln verletzen, aber dennoch den Zielen der Organisation nützlich sind (vgl. Luhmann 1995: 304). Luhmann sieht Vorteile im Regelverstoß und begründet warum ein gewisses Maß an Abweichungen in Organisationen toleriert werden müsse. Er vertritt die Auffassung, dass durch Abweichungen von formellen Erwartungen eine „relativ unabhängigen informale Ordnung“ (Luhmann 1995: 304) geschaffen werde, die sich positiv für den Zweck der Organisation auswirke (vgl. ebd.). Des Weiteren ermögliche laut Luhmann illegale Legalität die Anpassung an eine sich ständig verändernde Umwelt, da durch sie Organisationsmitglieder zu „neuem, schöpferischen Verhalten“ befähigt würden. Eine Organisation könne nicht auf alle Umwelterwartungen reagieren und gleichzeitig eine

widerspruchsfreie formale Normordnung aufrechterhalten. Wenn es den Zielen der Organisation dient, sei Illegalität also durchaus akzeptierbar (vgl. Luhmann 1995: 304-314).

Luhmanns 'brauchbare Illegalität' bezieht sich auf die Tatsache, dass entgegen den formalen Erwartungen einer Organisation gehandelt wird. Deshalb soll vorerst geklärt werden, was in der Organisationssoziologie unter 'Formalität' verstanden wird. Anschließend werden die formalen Regeln Greenpeaces in Bezug auf Aktivitäten der Mitglieder konkret herausgearbeitet, um beurteilen zu können, ob gegen diese von Greenpeace-Aktivisten verstoßen wird.

In Organisationen regelt Formalität innerbetriebliche Abläufe und Strukturen. Diese Regeln werden meist schriftlich festgelegt und beschreiben Arbeitsabläufe und Weisungsbefugnisse. Darüber hinaus spricht Luhmann von formalisierten Erwartungen. Erwartungen sind dann formalisiert, wenn klar ist, dass ein Mitglied, welches die an es gestellten Erwartungen nicht erfüllt, ausgeschlossen werden kann (vgl. Luhmann 1995: 31 f.). Die Erfüllung der formalisierten Erwartungen ist also Mitgliedschaftsvoraussetzung.

In der Satzung des Greenpeace e.V. ist zu lesen, dass ein Mitglied aus dem Verein ausgeschlossen werden kann „wenn es sich gesetzeswidrig oder vereinschädigend verhält“ (Greenpeace e.V. 2012: 5). Im Verhaltenskodex von Greenpeace, für dessen Einhaltung jeder Greenpeace-Mitarbeiter verantwortlich ist, steht, dass ein Verhalten dann im Sinne Greenpeaces ist, wenn die Vorgehensweise „allgemeinen Regeln des Völkerrechts, insbesondere den universellen Menschenrechten, dem Grundgesetz und anderen gesetzlichen Verpflichtungen“ (Greenpeace e.V. 2011: 2) entspricht.

Daraus lässt sich schließen, dass auf formaler Ebene erwartet wird, dass Greenpeace-Aktivisten nicht gegen Gesetze verstoßen.

Dennoch scheint es, als würde Greenpeace illegale Aktionen ihrer Mitglieder tolerieren, eventuell – so meine These - ist solches Verhalten sogar erwünscht. Ein Indiz für diese Mutmaßung ist zum Beispiel der unabhängige Rechtshilfefonds von Greenpeace. Dieser wird nicht durch Spenden an den Greenpeace e.V. finanziert, denn dies lässt der Gemeinnützige Status der Organisation nicht zu. Der Fonds soll betroffenen Umweltaktivisten bei juristischen Auseinandersetzungen zur Seite stehen. Wenn Aktivisten festgenommen worden sind, werden laut Website sofort Anwälte eingeschaltet, die sich für deren Freilassung einsetzen und auch Bußgelder werden von diesem Fond bezahlt (vgl. Greenpeace.de). Im Falle von Protestaktionen bei denen das Gesetz gebrochen wird, erfährt das Organisationsmitglied also Unterstützung anstatt Sanktionen, obwohl gegen die formalen Regeln der Organisation verstoßen wird.

Wie oben bereits erwähnt, liegt der Grund für solche Toleranz in dem Umstand, dass die illegalen Handlungen für den Zweck der Organisation 'brauchbar' sind. Festnahmen von Greenpeace-Aktivisten wegen Hausfriedensbruch oder Sachbeschädigung geschehen meist im Zusammenhang

mit spektakulären Protestaktionen, die Aufmerksamkeit erregen sollen. Im Verhaltenskodex ist zu diesem Thema zu lesen: „die [...] direkte Aktion ist neben anderen Formen der Öffentlichkeitsarbeit für Greenpeace ein Mittel, Probleme aufzuzeigen und positive Veränderungen herbeizuführen“ (Greenpeace e.V. 2011: 8) – also ein Mittel um den Organisationszweck zu erfüllen. Die Protestaktionen sollen in erster Linie Druck auf Umweltsünder und Politik ausüben und die Bevölkerung über Sachverhalte aufklären.

Doch die „Brauchbarkeit“ von solchen Kampagnen zeigt sich auch noch in einer anderen Form. In einem Interview sagte Marcus Allemann, Co-Geschäftsleiter von Greenpeace Schweiz, Greenpeace kämpfe vor allem um die Aufmerksamkeit potentieller Geldgeber: „Im Idealfall übertragen wir eine Kampagne auf den Spendenmarkt, so dass die gewonnene Aufmerksamkeit zu mehr Spendengeldern führt“ (Schagen 2010: 4). Aktionen, die die Medien mobilisieren können zu einer Erhöhung von Spendengeldern beitragen. "Es ist ein Krieg der Bilder: Wer die besten Headlines und Fotos bekommt, gewinnt"(zitiert nach Hengst 2010), hat Rex Weyler, Mitgründer von Greenpeace International, einmal gesagt. Aktionen des zivilen Ungehorsams, Blockaden von Industriebetrieben oder die Kaperung von Schiffen sind sicherlich eine effektive Möglichkeit solche Bilder zu erzeugen. Damit wäre indirekt das Ziel der Organisation unterstützt, denn Greenpeace ist – wie die meisten Nichtregierungsorganisationen - auf Spenden angewiesen, um sich finanzieren zu können.¹

Darüber hinaus dienen derartig eindrucksvolle Aktionen nicht nur, um punktuell Aufmerksamkeit zu erregen, sondern auch um generell ein positives Image von Greenpeace in der Bevölkerung aufzubauen, welches wiederum die Spendenbereitschaft erhöht. Sponsoren haben eine höhere Bereitschaft, Sponsorenmittel zur Verfügung zu stellen, wenn die Organisation ein positives Image aufweist (vgl. Heister 1993 zitiert nach Gierl 2000: 147).

An der Universität Augsburg wurde im Jahr 2000 eine Studie zum Image von Umweltorganisationen durchgeführt. Ziel der Untersuchung war es, zu ermitteln welche Assoziationen verschiedene Umweltorganisationen auslösen (vgl. Gierl 2000). Greenpeace löste im Gegensatz zu anderen Umweltorganisationen vor allem Assoziationen wie 'spektakuläre oder medienwirksame Aktionen' aus (vgl. ebd.). Außerdem viel auf, dass Greenpeace die meisten Assoziationen auszulösen vermag: „Die Befragten erinnern sich an sie im Zusammenhang mit Brent Spar oder dem Mururoa-Atoll im Fernsehen gesehenen Bilder und bewerten diese auch sehr positiv“ (Gierl 2000: 153). Von allen Umweltorganisationen gelingt es also besonders Greenpeace, mit ihrem Namen vielfältige und positive Gedächtnisinhalte zu verbinden.

Die beträchtliche Höhe des Spendenaufkommens, die Greenpeace aufweisen kann, ist Ausdruck des starken Bekanntheitsgrades und der Akzeptanz in der Bevölkerung, die sich die Organisation mit

¹ Bei Greenpeace werden 90 Prozent aller Einnahmen von Spenden bestritten (vgl. Greenpeace e.V., Jahresrückblick 2011:8).

ihren Aktionen erarbeiten konnten: allein im Jahr 2010 erhielt Greenpeace Deutschland Spenden im Umfang von 43, 2 Millionen Euro (vgl. Greenpeace e.V., Jahresrückblick 2011:8).

Es ist das Prinzip 'David gegen Goliath', das von Greenpeace immer wieder inszeniert wird und ein Image von Tatkräftigkeit, Mut und Durchsetzungswille kreieren soll. Potentielle Spender sollen merken, dass die Organisation mit allem Mittel versucht ihr Ziel zu erreichen und Spenden aktiv eingesetzt werden um etwas zu verändern.

Abschließend lässt sich also feststellen, dass Illegalität im Zusammenhang mit Greenpeace-Aktionen zahlreiche Vorteile für die Organisation mit sich bringt. Protestaktionen erhalten dadurch eine zusätzliche Brisanz, die die benötigte Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit und der Medien erregt. Diese Aufmerksamkeit nutzt Greenpeace um Umweltsünder unter Druck zu setzen, die Spendenbereitschaft der Bevölkerung zu erhöhen und um das Bild einer tatkräftigen, engagierten Umweltorganisation zu kreieren.

Die provozierende, demonstrative Aktion hat sich also als erfolgreicher Weg für Greenpeace erwiesen und deshalb wird diese Praxis von der Organisation getragen auch wenn Gesetze gebrochen werden. Andere Organisationen könnten das sicherlich nicht: Entwicklungshilfe-Organisationen etwa, die befürchten müssten, das Land, in dem sie helfen wollen, verlassen zu müssen wenn sie die Verantwortlichen für Bürgerkrieg und Misswirtschaft zu sehr reizen. Gäbe es negative Konsequenzen aus illegalen Protestaktionen für Greenpeace, würde die Organisation sicher stärker darauf achten, die entsprechenden formalen Regeln durchzusetzen.

In diesem Zusammenhang ist ein interessanter Aspekt die Diskussion über die Aberkennung des Status der Gemeinnützigkeit. Eine Organisation gilt hierzulande laut § 52 Abgabenordnung (AO) als gemeinnützig, „wenn ihre Tätigkeit darauf gerichtet ist, die Allgemeinheit auf materiellem, geistigem oder sittlichem Gebiet selbstlos zu fördern“ und „wenn sie sich bei ihrer Betätigung im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung“ halten. In Deutschland ist Greenpeace vom Finanzamt Hamburg seit den 80er Jahren als gemeinnützig anerkannt, was erhebliche Steuervorteile für die Organisation bedeutet. 2004 untersuchte das Finanzamt, ob Greenpeace der Status der Gemeinnützigkeit für 2003 aberkannt werden soll, weil die Organisation sich auf ihrer Internetseite nicht von bestimmten rechtswidrigen Aktionen distanziert habe (vgl. Kulke 2004). Greenpeace wird beispielsweise vorgeworfen dass Aktivisten im Juni 2003 bei einer Aktion gegen Urwaldholzimporte aus Liberia ein Binnenschiff rechtswidrig besetzt hätten.

2004 und 2005 forderten einzelne Unternehmer und Politiker aus Sachsen-Anhalt und Bayern den Entzug der Steuerprivilegien, weil Greenpeace bei einigen Kampagnen gegen Gesetze verstoßen habe (vgl. ebd.). Karl-Heinz Paqué (FDP), Finanzminister Sachsen-Anhalts, bezieht sich bei seiner Forderung auf Aberkennung der Gemeinnützigkeit beispielsweise auf die stillschweigende und offene

Billigung von Feldzerstörungen oder Blockaden und anderer Straftaten - etwa durch Kennzeichnung von Versuchsfeldern für Genforschung oder durch die Verteilung genauer Wegeplänen von Castor-Transporten (vgl. ebd.). Bislang durfte Greenpeace in Deutschland seinen Status als gemeinnützige Organisation behalten. Doch die Frage stellt sich, wie die Organisation reagieren würde, wenn sich solch schwerwiegende Konsequenzen, wie der Verlust von Steuervergünstigungen, aus illegalen Protestaktionen ergeben würden. Denn eins ist sicher: die Illegalität wäre um einiges weniger 'brauchbar'.

Literaturverzeichnis

Focus.de (2011): Greenpeace-Chef festgenommen. Focus, verfügbar über

http://www.focus.de/panorama/vermishtes/umweltschutz-greenpeace-chef-festgenommen_aid_637933.html (Zugriff am 17.3.2012 um 13:00 Uhr).

Gamillscheg, Hannes (2011): Die Majestätsbeleidiger. Berliner Zeitung, verfügbar über

<http://www.berliner-zeitung.de/newsticker/fuer-ihre-happening-beim-klimagipfel-in-kopenhagen-2009-werden-greenpeace-aktivisten-zu-bewahrungsstrafen-verurteilt-die-majestaetsbeleidiger,10917074,10950116.html> (Zugriff am 17.3.2012 um 12:50 Uhr).

Gierl, Heribert (2000): Image von Umweltorganisationen. In: Der Markt 39.4. S. 147-155.

Greenpeace.de: Stärken Sie unseren Aktivisten den Rücken! Verfügbar über

http://www.greenpeace.de/ueber_uns/spenden/staerken_sie_unseren_aktivisten_den_ruecken/ (Zugriff am 17.3.2012 um 13:50 Uhr).

Greenpeace e.V. (2011): Greenpeace: Kampagnen, Struktur, Bilanz, Erträge und Aufwendungen.

Jahresrückblick 2010. Verfügbar über http://www.greenpeace.de/fileadmin/gpd/user_upload/wir_ueber_uns/jahresueckblick/Greenpeace_Jahresueckblick_2010.pdf (Zugriff am 17.3.2012 um 14:35 Uhr).

Greenpeace e.V. (2011): Verhaltenskodex des Greenpeace e.V.. Verfügbar über

http://www.greenpeace.de/fileadmin/gpd/user_upload/wir_ueber_uns/2011_Der_Greenpeace_Verhaltenskodex.pdf (Zugriff am 17.3. 2012 um 13:35 Uhr).

Greenpeace e.V. (2012): Satzung des Greenpeace e.V.. Verfügbar über

http://www.greenpeace.de/fileadmin/gpd/user_upload/wir_ueber_uns/Greenpeace_Satzung_2011_2012.pdf (Zugriff am 17.3.2012 um 13:35 Uhr).

Hengst, Björn (2010): Comeback der Regenbogenkrieger. Spiegel, verfügbar über

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,714278,00.html> (Zugriff am 17.3.2012 um 14:30 Uhr).

Kulke, Ulli (2004): Greenpeace droht Verlust der Gemeinnützigkeit. Die Welt, verfügbar über http://www.welt.de/printwelt/article325385/Greenpeace_droht_Verlust_der_Gemeinnuetzigkeit.html (Zugriff am 17.3.2012 um 15:30 Uhr).

Luhmann, Niklas (1995): Funktionen und Folgen formaler Organisation. Berlin: Dunker & Humblot.

Pauli, Michael (2010): 30 Jahre Greenpeace Deutschland. Greenpeace.de, verfügbar über http://www.greenpeace.de/fileadmin/gpd/user_upload/wir_ueber_uns/erfolge_kampagnen/30JahreGP_Finale_inLitho.pdf (Zugriff am 17.3.2012 um 13:30 Uhr).

Schagen, Alexander (2010): Die Marketinglogik von Greenpeace: Lobby, Medien und Spenden. In: Marketing Review St. Gallen 27.6. S. 4-6.

Tagblatt.de (2012): Prozess-Serie gegen Greenpeace-Leute. Tagblatt, verfügbar über http://www.tagblatt.de/Home/nachrichten/ueberregional/baden-wuerttemberg_artikel,-Prozess-Serie-gegen-Greenpeace-Leute-_arid,164098.html (Zugriff am 17.3.2012 um 13:15 Uhr).